

Demokratisierung der Wirtschaftspolitik

Viktor Scherz

Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen

Karl Marx *Der achtzehnte Brumaire des Louis Napoleon*

Einleitung

Radikale Demokratie wäre »die Souveränität des demos, des Volkes, und souverän sein heißt es 24 Stunden am Tag sein« (Cornelius Castoriadis). Eine solche Demokratie schließt Delegation von Macht aus und erstreckt sich auf alle Gesellschaftsbereiche.

Die spezifische Themenstellung dieses Artikels einer Demokratisierung der Wirtschaftspolitik ist bislang noch ein analytisch unausgereiftes und politisch bescheidenes Projekt. Es will dem Kapitalismus Grenzen setzen und wird doch von diesem selbst bis zur Unkenntlichkeit limitiert. Einer demokratischen Willensbildung soll eine stärkere Rolle in der wirtschaftspolitischen Entscheidungsfindung zugewiesen werden und in der Wirtschaftspolitik sollen Gerechtigkeitsüberlegungen in den Mittelpunkt gerückt werden. Beide Vorhaben müssen bei kapitalistisch formierten und nicht bei autonomen Individuen ansetzen. Wie weit reichen da alternative normative Demokratietheorien? Der Autor knüpft an Gespräche im laufenden BEIGEWUM-Arbeitskreis an und versteht seinen Beitrag als Teil einer weiter zu führenden breiten politischen Debatte.

Wir gehen im Folgenden von einem relativ schwachen Demokratiebegriff aus, dessen Erweiterung gegenüber einem liberalen Demokratieverständnis wir zu bestimmen suchen. Dieser Demokratiebegriff knüpft an die Arbeiten des pragmatischen US-amerikanischen Philosophen John Dewey und an die Theorie von Jürgen Habermas an.¹ Beide haben Vertrauen in ein Demokratieprojekt, das auf der Fähigkeit pragmatischer Vernunft, provisorische soziale Normen und Techniken hervorzubringen, aufbaut.

Die Argumentation des Artikels erfolgt entlang von drei Begriffen: *Komplexität*, *Exklusion* und *Reversibilität*. Bei einem liberalen Zugang zu Demokratisierung der Wirtschaftspolitik werden folgende Thesen angeführt: Die hohe Komplexität, die Wirtschaftspolitik eigen sei, impliziere zweierlei: Erstens lasse sie nur ein bestimmtes Ausmaß an Demokratisierung zu. Die Bevölkerung müsse vielfach vom Entscheidungsprozess ausgeschlossen werden, da sie zu wenig wisse, gar kein Interesse an Mitbestimmung habe oder bestimmte Gruppeninteressen verfolge, die sich

gegen die Allgemeinheit richten oder einfach weil sie Gerechtigkeitsfragen mit Effizienzproblemen vermenge; Zweitens verliere eine Grundanforderung moderner Demokratietheorien, nämlich Reversibilität, an Bedeutung. Wenn man wisse, was eine optimale Wirtschaftspolitik sei, können demokratiepolitische Forderungen nur eine Gefährdung bedeuten. Die Notwendigkeit von Expertenwissen macht Demokratie zu einem Anachronismus.

Im Zentrum der Arbeit steht eine Kritik dieser reaktionären »undifferenzierten Denkfigur der Gefährdung« (Hirschmann 1995, 99), wonach Demokratie die wirtschaftspolitische Effizienz gefährde.

Der Ruf nach einer Demokratisierung der Demokratie lebt oft vom Gestus der Opposition, der ein *Mehr* verlangt (Huffs Schmid 2001). Solange ein vereinfachtes Gegensatzpaar von Totalitarismus und westlicher Demokratie unterstellt wird, könnte das verlangte *Mehr* an Mitbestimmung, Transparenz und Rechenschaftspflicht aber sogar ein Zurück bedeuten, da die vorhandenen Institutionen diese Kritik als einen Modernisierungsschub bei ihren Herrschaftsinstrumenten integrieren können. *Linke* mit einem demokratiepolitischen Kriterienkatalog konvertieren dann zum universellen *best-practice Modell* einer liberalen Demokratie kombiniert mit einem, mehr oder weniger wohlfahrtsstaatlich zivilisierten, Marktkapitalismus.

Ohnedies ist Demokratisierung kein originär linkes Projekt. Konservative akzeptieren Bürgerforen als modernes Rezept gegen Politikverdrossenheit und verorten Demokratisierung im Zusammenhang mit einem moralisch wiederbelebten gemeinschaftsorientierten privaten Aktivbürger. Die neoliberale Sozialdemokratie hingegen will Mitbestimmung und Akzeptanzsicherung harmonisch konvergieren sehen. Im wirtschaftspolitischen Bereich wollen die Eliten beider Fraktionen, dass Demokratisierung vorrangig auf die Aufgabe der sozialen Akzeptanzsicherung beschränkt bleibt.² Diese Form von Demokratisierung ist ein modernes politisches Machtinstrument. Historisch steht Demokratisierung, wenn schon nicht im Gegensatz, so doch in einem Spannungsverhältnis zu den Imperativen des Kapitalismus. Hirschman 1995 zitiert Lowe 1866, einen liberalen Politiker, der sich in der Verwaltung Australiens ausgezeichnet hatte: »Weil ich ein Liberaler bin... betrachte ich als Gefahr ersten Ranges...den Vorschlag, Macht aus den Händen von Besitz und Intelligenz zu nehmen und sie in die Hände von Menschen zu legen, deren Leben vollständig von den täglichen Kämpfen um die Existenz ausgefüllt wird« (Lowe zitiert in Hirschman 1995, 103).

Eine analytische Auseinandersetzung mit »Demokratisierung der Wirtschaftspolitik« vorab als politisch bescheiden zu desavouieren, weil sie nur ein begrenztes Feld untersucht, wäre nur schwer zu begründen. Und zwar nicht, weil man argumentieren müsste, dass eine radikale antikapitalistische Demokratiekonzeption im herrschenden System überhaupt denkmöglich ist. Diesem erkenntnistheoretischen Problem bleiben alle kritischen Einsprüche ausgesetzt.³ Das normative Potenzial einer Demokratisierung der Wirtschaftspolitik speist sich in beiden Fällen, in jenem mit einem schwachen Demokratiebegriff und in jenem mit einem starken Begriff, aus dem materialen Gehalt des Kapitalismus. Die Negativität der kapitalistischen Vergesellschaftung gerät weder bei utopischen noch bei reformatorischen Projekten aus dem Blick. Wichtiger ist der Einwand, dass die praktische Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik in einer radikalen Demokratie angesichts der komplexen Gesellschaft vermutlich auch nicht an spezifischen Prinzipien der Delegati-

on und Arbeitsteilung vorbeikäme.⁴ Bestimmte Demokratieprobleme der Wirtschaftspolitik würden sich auch in einer radikalen Demokratie stellen.

(1) Komplexität der Wirtschaftspolitik

Der technokratische Experte als Sachwalter untergehender nationalstaatlichen Demokratieinstitutionen?

Ein Grundcharakteristikum der Wirtschaftspolitik in westlichen Demokratien ist die steigende Bedeutung, die dem Urteil von technokratischen Experten beigegeben wird. Neoliberale Wirtschaftspolitik reflektiert vorgeblich objektive Notwendigkeiten und Eliten suggerieren, dass es *Optimalität in der Wirtschaftspolitik* geben könne. Angesichts von Entwicklungen, die als Sachzwänge identifiziert werden, propagieren technokratische Eliten eine wirtschaftspolitische Wahrheit im Singular. Neben und mit nationalen Parlamenten geben internationale Institutionen wie OECD, IWF, Europäische Kommission, Wirtschafts- und Finanzausschuss der EU die wirtschaftspolitische Richtung vor. Die Apodiktizität ihrer Empfehlungen scheint eine Demokratisierung der Wirtschaftspolitik vorab obsolet zu machen. Wenn es nur einen optimalen wirtschaftspolitischen Weg der Effizienz gibt, kann der *demos* in seiner kulturellen Eigenständigkeit und sozialen Widerständigkeit nur Effizienzprobleme generieren (z.B. Rapaczynski 1997). Erst wenn das gesellschaftlich determinierte Individuum zum rationalen Agenten der neoklassischen Modellwelt mutieren sollte, würde es die Voraussetzungen für seine berechnete Teilnahme an der Wirtschaftspolitik erfüllen. Bis dahin müssen Technokraten den wirtschaftspolitischen Sachwalterjob übernehmen. Denn die Grenzen einer Demokratisierung seien dort erreicht, wo Interessen mit der vorgeblichen Optimalität und der fachlichen Autorität kollidieren. Eine ignorante und teils fehlgeleitete Bevölkerung sei ein Grundübel für eine effektive wirtschaftspolitische Aufgabenerfüllung. Wirtschaftspolitik aus neoliberaler Sicht ist ein Unterfangen bestenfalls *für die Bevölkerung*, zumeist gegen die Bevölkerung und fast nie ein Projekt *von der Bevölkerung*. In der ökonomischen Theoriegeschichte reicht die Geringschätzung von Demokratie weit zurück. So negierte Schumpeter die Idee eines Gemeingutes, das sich auf Grund von rationalen Debatten ergeben könnte.⁵ Individuen und Gruppen seien oft irrational und Demokratie bedeute nur einen Wettbewerb von Eliten um Stimmen. Grundsätzlich wird Mitbestimmung wegen der Ignoranz der Bevölkerung zum Hindernis für Effektivität (Friedman 1998).

Unser Einwand ist ein zweifacher, er richtet sich gegen eine *Expertokratie* und deren neoliberale Ausrichtung. Die neoliberale Hegemonie hat weit reichende Folgen für die Durchsetzungschancen von anspruchsvolleren Demokratiekonzeptionen. Partizipatorische Ansätze werden als unterkomplex denunziert. »Eine der Aufgaben von Demokratietheorie heute ist es sicherlich, Vorschläge für eine zeitgemäße praktische Widerlegung der technokratischen Demokratieabwehr vorzulegen« (Demirovic 1997, 138). In der Wirtschaftspolitik sind hier zwei Überlegungen hilfreich:

- Die Technokraten sind so technokratisch nicht. Die wirtschaftspolitischen Eliten kooperieren informell mit Eliten der Wirtschaft und Finanzmärkte, für die nicht Expertenkriterien (Wissen), sondern Kriterien wie Macht oder Geld gel-

ten. Ein hinreichend komplexer Begriff von Wirtschaftspolitik kann sich nicht auf die Referenzgruppe der Wirtschaftspolitiker beschränken, sondern muss die entscheidungsrelevanten Eliten in ihren Interaktionen berücksichtigen, um damit die tatsächlichen Entscheidungsgrundlagen und Herrschaftsstrukturen in den Blick zu fassen.

- Die praktizierte Wirtschaftspolitik ist so komplex nicht. Im Gegenteil, möglicherweise ist sie selbst unterkomplex, denn ihre Verfahren werden nicht reflexiv gewendet. Wenig ist zudem bekannt, welche Institutionalisierung von Gegenexpertisen notwendig ist, um *Optimalität* der Wirtschaftspolitik nicht zum jeweils zeitgeistigen Ausdruck des hegemonialen Projekts verkommen zu lassen. Im Bereich der Mutmassungen bleibt auch die Antwort auf die Frage, welche positive Rolle Alltagswissen in einzelnen Politikfeldern (Fiskal-, Geld- und Arbeitsmarktpolitik) spielen kann.

(2) Exklusion

Effizienz der Demokratie?

Alternative normative Demokratieansätze reichen von direkter Demokratie über feministische Demokratie, soziale Demokratie, radikale Demokratie, partizipatorische Demokratie bis zu kosmopolitischer Demokratie (Held 1995). Wir folgen zunächst der bekannten Unterscheidung von Habermas, der den vorherrschenden Liberalismus von den zwei radikaldemokratischen Konzepten des Republikanismus und Prozeduralismus abgrenzt (Habermas 1999, 377 ff). Die wesentlichen Unterschiede liegen in der Konzeption von Freiheit. Der Einwand radikaldemokratischer Entwürfe gegen liberale Demokratievorstellungen zielt auf deren negatives, individualistisches Konzept persönlicher Freiheit (Honneth 2000, 287). Konzepte radikaler Demokratie hingegen nehmen ihren Ausgang von einer Idee kommunikativer Freiheit und binden die individuelle Autonomie an eine intersubjektive Verständigung im öffentlichen Raum.

Demokratischer status quo ist der liberale kapitalistische Nationalstaat. Ein Wettbewerb von politischen Parteien, begrenzte Mitbestimmungsmöglichkeiten in Form von Wahlen und organisierten Interessensvertretungen, verfassungsmäßige Beschränkungen der Staatsaktivitäten und die Abschottung der Wirtschaft von demokratischen Mechanismen sind wesentliche Elemente einer liberalen repräsentativen Demokratie. Der Staat reflektiert die Interessen einer Gesellschaft, die sich aus Privatpersonen zusammensetzt. Die Bürger sind Träger subjektiver Rechte, wobei ihre Freiheiten negativ verstanden werden. Dies reflektiert ein individualistisches Konzept persönlicher Freiheit, das Freiheit als Abwesenheit von einer spezifischen Form des Zwangs konzipiert. Die Form dieser Autonomie ist unabhängig von Prozessen sozialer Interaktion. Da das Individuum von den anderen isoliert ist, ergibt sich ein reduziertes Verständnis von Partizipation. Die kollektiven Ziele erscheinen dann als Ergebnis eines *deals* zwischen Privatinteressen. Periodisch legitimieren die staatsbürgerlichen Monaden die Ausübung politischer Macht und ihre politische Funktion erschöpft sich in dieser Kontrolle des Staatsapparates.⁶

Die These, dass dieser liberale demokratische Status quo im Untergang begriffen sei – und implizit, dass dies zu bedauern sei – ist insbesondere bei Forschern

zum Demokratiedefizit der EU ein beliebtes Sujet (Scharpf 1997). Der politische Prozess entgleitet den Kategorien des Nationalstaates. Regionale Integrationsprozesse (EU, NAFTA, Mercosur) und ökonomische Denationalisierungsprozesse verändern die Rahmenbedingungen für Wirtschaftspolitik. Die national verfassten Demokratien werden dem Regime des globalen Marktes unterworfen und der global gewordene Kapitalismus ist wohlfahrtsstaatlich nicht mehr zivilisierbar (Zürn 2000). Diesem Diktum folgen viele Kritiker. Die politische Zielrichtung ist dann die Transformation nationalstaatlicher liberaler Demokratie auf regionale und globale Ebene. Wenigstens die destruktiven Tendenzen des Kapitalismus sollen verhindert werden. Vertreter von Multinationalen Konzernen, Repräsentanten nationaler Regierungen, Beamte internationaler Organisationen und Mitglieder von NGOs mögen sich gemeinsam um die Vermeidung des Schlimmsten sorgen (Dubiel 1997). Es wird ein gemeinsames Gut, das von Klassegegensätzen nicht tangiert wird, unterstellt. Dies ist gemeinhin eine apokalyptische Vision von Umweltbedrohungen. Wieso aber diese unheilige Allianz von Arbeit und Kapital dem Begriff einer radikalen Demokratie genügen kann, wie Dubiel behauptet, bleibt unklar, denn alle Entscheidungskompetenzen werden den Herrschenden gelassen.

Im Kommunitarismus und der Hannah Arendt Renaissance erlebt der Republikanismus eine neue Blüte (Honeth 2000). Ein politisches System komme nicht ohne integrierenden Ethos aus. Das antike Vorbild ist die Bürgerschaft.⁷ Ihre Mitglieder sind an der intersubjektiven Aushandlung gemeinsamer Angelegenheiten orientiert. Im Gegensatz zum Liberalismus sind die republikanischen Staatsbürgerrechte positive Freiheiten. Die Tugenden gemeinwohlorientierter Bürger sind wesentliche Voraussetzung einer gelingenden Politik. Ein Grundproblem des Republikanismus wurde bereits von Dewey formuliert. Der Mensch ist ebenso ein konsumierendes, sportives Wesen wie er ein politisches Wesen ist. Politische Partizipation ist zeitintensiv und voraussetzungsreich. Ausgehend von der Diagnose eines Wertepluralismus wird dieses Problem einer Überforderung der Individuen noch verstärkt. *»Der Fehler besteht in einer ethischen Engführung politischer Diskurse«* (Habermas 1999, 283). Denn die Zivilgesellschaft ist an sich noch nichts positives, bei Gramsci bezeichnet sie eine Erweiterung des bürgerlichen Staates. Ein Trugschluss wäre es, zwischen den Polen des Bösen, einem kolonisierenden Staat und einem anonymen Markt, den Sitz einer wertorientierten Vernunft legen zu wollen. Da kein revolutionäres Subjekt oder dessen Avantgarde die Wahrheit für die Wirtschaftspolitik bestimmen könnte, bleibt die Frage der Exklusion. Wer aller im demokratischen Entscheidungsprozess mitentscheiden soll, ist zu bestimmen und zwar nicht ein für alle Mal, sondern immer neu (Castoriadis 1979).

Im Prozeduralismus wird das Gemeingut konfliktuell definiert. In einem prozeduralen Demokratieverständnis wäre der Grund von Gemeinschaft von der Gemeinschaft erst zu definieren. Von der Öffentlichkeit werden *»problemlösende Diskurse zu Fragen allgemeinen Interesses erwartet«* (Habermas 1992, 447). *»Demokratie benötigt Deliberation, das heißt eine Kultur des Argumentierens«* (Walzer 1999, 62). Deliberative Demokratie wird originär als Mittel verstanden, mit moralischen Problemen umzugehen, die nicht interessengeleitet aufgelöst werden können (Gutmann/Thompson 1996). Zur Deliberation gibt es eine breite wissenschaftliche Auseinandersetzung (Macedo 1999) und der Begriff ist am besten Weg, zu einem

sozialwissenschaftlichen Gemeinplatz zu werden, ohne dass seine politische Nützlichkeit ernsthaft diskutiert worden wäre.

Zum Zusammenhang von Deliberation und Wirtschaftspolitik hingegen ist wenig bekannt, trotzdem der Wert eines gemeinsamen vernünftigen Argumentierens, der deliberativen Theoretikern vorschwebt, dieses Modell gerade für Wirtschaftspolitik unter interdependenten Bedingungen interessant zu machen scheint. Korporatismus, unabhängige Experten, NGOs und Medien fungieren als traditionelle institutionelle Gegenspieler zur Wirtschaftspolitik des Staates. Doch sind sie hinreichend und bedürfen sie nicht ob ihrer strategischen Interessen und spezifischen Perspektiveneinengung einer Hinterfragung?

(3) Reversibilität

Ein idealtypisches Gebot für die Wirtschaftspolitik?

Demokratie ist *pro tempore*, nur der Gral der neoliberalen Weisheit soll zeitlos sein. Emanzipatorische Demokratisierungsanalysen von Wirtschaftspolitiken setzen daher bei einer dialektischen Fragestellung an. Sie versuchen die Verquickung von Wahrem und Falschem in den einzelnen Politiken aufzuzeigen. Nicht alles in den Einzelpolitiken muss verfehlt sein und auch die linken Gegenexperten kennen den Weg der wirtschaftspolitischen Weisheit nicht. Müssen sie auch nicht, denn unterstellt wird kein Mehrwissen. Opponiert wird nicht einer Herrschaft von wirtschaftspolitischen Institutionen, sondern einer ideologischen, nicht mit rationalen Argumenten gerechtfertigten, zeitlosen Herrschaft einer technokratischen Wirtschaftspolitik.

Politik im Kapitalismus entspricht zwar offensichtlich nicht der Situation Geschworener im Beratungsraum. Eine Diskussion unter Gleichen, wo Argumente respektvoll abgewogen werden und alle Betroffenen eine freiwillige Zustimmung anstreben, ist fern der Wirklichkeit einer sozial antagonistischen Gesellschaft. Der deliberative Diskurs ist kein Substitut für einen Klassenkampf, und würde vermutlich wenig bei ethnischen und religiösen Konflikten helfen, doch, so ist unsere These, könnte er eine wichtige Rolle in der Wirtschaftspolitik spielen.⁹ Denn Wirtschaftspolitik ist nicht nur Reflex der Interessen der Wirtschaft oder determiniert von dominanten Finanzmärkten. Sie wird konzipiert und umgesetzt auf einem Feld von Kontingenzen und Unsicherheiten und bietet daher Anschlussmöglichkeiten für Entwürfe einer pragmatischen Vernunft.

Demokratisierung der Wirtschaftspolitik erschöpft sich zwar nicht in der Einrichtung von deliberativen Verfahren, doch die Diskurse stellen mögliche Einfallsschleusen für emanzipatorische Kritik dar. Deren Durchsetzungschancen sind gesellschaftlich und nicht deliberativ determiniert. Institutionelle Innovationen, die kapitalistischen Interessen zuwiderlaufen, werden keinen Erfolg haben, aber in der Grauzone möglicher Alternativen können Argumente Korrekturen einleiten.

Inwieweit eine deliberative Ergänzung der wirtschaftspolitischen Institutionen ohne die Ermächtigung der Menschen zur Wahrnehmung demokratischer Rechte auskommen kann, wird kontextspezifisch sein. In manchen wirtschaftspolitischen Bereichen werden die Menschen mehr an Interesse und Wissen mitbringen, während es Felder gibt, wo sie weder mitbestimmen wollen noch das nötige Wissen mitbringen.

Zielsetzung einer deliberativen Konzeption von Demokratisierung der Wirtschaftspolitik könnte der Konsens aller von einer wirtschaftspolitischen Maßnahme Betroffenen sein. Doch die Naivität, dass die Budgetpolitik fortan auf einem verständigungsorientierten Gespräch basieren könnte, wenn nur die deliberativen Institutionen eingerichtet wären, ist nicht konstitutiv für dieses Demokratiemodell. Zwischen deliberativer Wertorientierung und interessensgeleiteter Handlungsorientierung besteht ein Spannungsverhältnis, aber es muss kein Gegensatz konstruiert werden, solange die Frage der Durchsetzungschancen von Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen unbeantwortet bleibt. Erst die These, dass bessere Argumente nur ausgesprochen werden müssen, um zum erlösenden Sesam-Öffne-Dich in der Wirtschaftspolitik zu werden, verfällt einem Ideologieverdacht.

Minimalistisch verstanden dient Deliberation der Klärung von Interessenspositionen.¹⁰ Dies ist nicht so wenig angesichts einer hegemonialen neoliberalen Ideologie. Wenn die Subjekte immer weniger zu entscheiden haben und keine anderen Medien zur Durchsetzung ihrer Interessen zu Verfügung haben (Revolution), dann bleibt die öffentliche Diskussion als Instrument des Dissenses. Die öffentliche Argumentation verlangt die Bezugnahme auf verallgemeinerungsfähige Interessen. Dies erhöht die Chancen, dass versteckte Interessen in der Wirtschaftspolitik offen gelegt werden müssen und dass wirtschaftspolitische Fragen in ihre unterschiedlichen Problemdimensionen zerlegt werden.

Wodurch unterscheidet sich deliberative Demokratie von der von uns eingangs kritisierten Forderung nach der Verwirklichung eines demokratiepolitischen Kriterienkatalogs, der eine verstärkte Partizipation, eine erhöhte Transparenz, eine intensivierete Kontrolle und Rechenschaftspflicht und eine institutionalisierte Beteiligung von Nicht-Regierungsvertretern an wirtschaftspolitischen Entscheidungsverfahren umfassen würde (z.B. Huffschmid 2001)?

Sowohl die deliberative Demokratie als auch die Konzepte eines demokratiepolitischen Kriterienkatalogs bleiben an den gesellschaftlichen Rahmen gekoppelt und sowohl die programmatischen Kriterien als auch die deliberativen Verfahren müssen vorab jene Gemeinwohlorientierung unterstellen, die eine inhaltliche Demokratisierung erst herzustellen hätte. Die egalitaristische deliberative Demokratie unterstellt die Gleichheit derer, die miteinander herrschaftsfrei argumentieren. Bei Dewey ist es die vopolitische Sittlichkeit der demokratischen Gesellschaft, welche die Orientierung aller Staatsbürger an demokratischen Verfahren der Problemlösung erlaubt. Erst eine gerechte Form der Arbeitsteilung würde die Entwicklung jener kooperativen Fähigkeiten, welche die Voraussetzung einer demokratischen Öffentlichkeit bilden, erlauben.¹¹ Doch deliberative Prozeduren werden der Komplexität in der Wirtschaftspolitik eher gerecht und knüpfen nicht unreflektiert an liberale Demokratiekonzepte an. Ob es etwa dasselbe Ausmass an Transparenz in der Geld- wie in der Fiskalpolitik geben soll und welche Unterschiede bei der Mitbestimmung geboten sind, muss themenspezifisch in argumentativen Auseinandersetzungen geklärt werden. Während eine deliberative Demokratisierung der einzelnen Felder ergebnisoffen bleibt, weiss eine kommunitaristische Demokratiekonzeption vorab ihr Ergebnis. Daher bleibt diese Konzeption für die Wirtschaftspolitik unterkomplex.

Schlussbemerkung

Demokratisierung der Wirtschaftspolitik aus einer emanzipatorischen Perspektive will normative Alternativen zum vorherrschenden Technokratenmodell aufzeigen, ohne die *Alternative* zu kennen oder überhaupt zu glauben, dass es eine solche geben könne. Cornelius Castoriadis schrieb Ende der 1970er Jahre in »*Socialisme et société autonome*«, dass eine gerechte Gesellschaft eine Gesellschaftsform bezeichne, in der die Frage der Gerechtigkeit beständig offen bleibe, in der gesellschaftlich immer die Möglichkeit gegeben sei, das Gesetz und seine Grundlage in Frage zu stellen.

Dabei können wir nicht auf eine Idee einer »best practice democracy« rekurrieren, an der real existierende demokratische Verfahren mittels eines idealtypischen Kriterienkatalogs kritisiert werden könnten. Vielmehr geht es um die Erfindung von Praktiken und Prozeduren in einer Demokratie, die einem anspruchsvollen Begriff der demokratischen Willensbildung genügen und die notwendige Komplexität von Wirtschaftspolitik sicherstellen. Dass diese Ansätze nicht zur Akzeptanzsicherung degenerieren, sondern zu einer Demokratisierung führen, darauf zielen soziale Bestrebungen, die sich gegen die neoliberalen Hegemonie wenden.

Nur deliberative Ansätze, die die lebendige dialektische Denkweise weiterverfolgen und an die »*wirkliche Bewegung der Geschichte*« (Marx) anknüpfen, genügen beiden Bedingungen. Ohne ein Begreifen der den Wirtschaftspolitiken innewohnenden Ambivalenzen und Widersprüche kann die Forderung nach Demokratisierung allzu leicht zu einem systemstabilisierenden Programm einer effizienzorientierten Wirtschaftspolitik werden. Und ohne eine soziale Hegemonie bleiben deliberative Verfahren im Reich der *guten Ideen*. Deliberation in der Wirtschaftspolitik zielt auf einen rational motivierten Konsens, ohne zu glauben, dass dieser sich tatsächlich herausbilden könnte.

Anmerkungen

- 1 Zur Dewey-Renaissance siehe Brunkhorst 1998 und Joas 2000.
- 2 Technokraten diagnostizieren, dass man es auch in einer effizienzorientierten Wirtschaftspolitik leider mit einer Demokratie zu tun habe. So klagt der Vorsitzende der US-Notenbank, Alan Greenspan: »*we do have the very difficult problem of being a central bank in a democratic society. That's not an easy job*« (FOMC Aufzeichnungen 1992).
- 3 Der *Verblendungszusammenhang* (Theodor W. Adorno) ist doch nicht so hermetisch, dass linke Kritiker ihn nicht durchschauen können.
- 4 Lenin billigte in Staat und Revolution (1917) die Diktatur des Proletariats ohne Einschränkung. Marxistische Ansätze werden normative Demokratisierungstheorien daher als systemstabilisierend zu begreifen haben. Die Idee des jungen Marx von einer »freien Assoziation der Produzenten« bleibt in diesem Artikel unberücksichtigt (siehe den Beitrag von Joachim Becker in diesem Heft).
- 5 Schumpeter definierte Demokratie, »*a political method, that is to say, a certain type of institutional arrangement for arriving at political - legislative and administrative - decisions and hence incapable of being an end in itself, irrespective of what decisions it will produce under given historical conditions*« (Schumpeter 1942, 242).
- 6 Theoretisch bleibt es ein ungelöstes Problem, wie der selbstsüchtige *homo oeconomicus* der Wirtschaftssphäre auf dem Feld der Politik zu einem gemeinwohlorientierten *homo civicus* werden soll.
- 7 Im antiken Athen war die Macht weitgehend in der Volksversammlung konzentriert. In liberalen Demokratien, *Polyarchien* (Dahl 1998) ist die Macht auf mehrere Institutionen verteilt.

- 8 Max Weber schreibt gegen einen markthörigen Liberalismus und einen revolutionsgläubigen Marxismus: «Es stünde heute äußerst übel um die Chancen der Demokratie und des Individualismus, wenn wir uns für ihre Entwicklung auf die gesetzmäßige Wirkung materieller Interessen verlassen sollten» (Max Weber, Zur Lage der bürgerlichen Demokratie in Russland in Gesammelte Politische Schriften, 63ff).
- 9 Damit steht das deliberative Modell in Nähe der marxistischen Ideologiekritik.
- 10 Dass «die reife Konzeption von Dewey, das Marxsche Erbe, ohne dessen Fehler zu übernehmen» (Honeth 2000, 304) antrete, scheint uns denn angesichts ihrer Voraussetzungen doch zu optimistisch.

Literatur

- Altwater, E. (2001): Das Öl in Baku, eine Botschaft aus der H-Street und Bratwürste im Gugelhof. Zum Zusammenhang von Energiemodell, Finanzregime und Politik in: Altwater et al eds. Die Gewalt des Zusammenhangs Neoliberalismus – Militarismus – Rechtsextremismus, Wien
- BEIGEWUM (2000): Mythos Nulldefizit. Alternativen zum Sparkurs, Wien
- Brunkhorst, H. Hrsg. (1998): Demokratischer Experimentalismus. Politik in der komplexen Gesellschaft Frankfurt am Main
- Brunkhorst, H., Kettner, M. Hrsg. (2001): Globalisierung und Demokratie, Frankfurt am Main
- Castoriadis, C. (1979): Le contenu du socialisme, Paris
- Dahl, R.A. (1989): Democracy and its Critics, New Haven
- Demirovic, A. (1997) Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie. Theorie und Geschichte der Bürgerlichen Gesellschaft 14, Münster
- Dewey, J. (1996): Die Öffentlichkeit und ihre Probleme, Bodenheim
- Dryzek, J.S. (1996): Democracy in Capitalist Times. Ideals, Limits and Struggles, Oxford
- Dubieli, H. (1997): Der utopische Realismus der Demokratie in: Merkur 51, S. 796-804
- Friedman, J. (1998): Public Ignorance and Democratic Theory in: Critical Review Vol. 12 No. 4, S. 397-412
- Gutmann, A. Thompson, D. (1996): Democracy and Disagreement, Boston
- Habermas, J. (1992): Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main
- Habermas, J. (1999): Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur Politischen Theorie, Frankfurt am Main
- Hall, S. (1989): Neuorientierung der Linken in: Ideologie, Kultur, Rassismus Ausgewählte Schriften 1, Hamburg/Berlin
- Held, D. (1997): Democracy and Globalization in: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Lecture Series Economic Globalization and National Democracy
- Hirschman, A. (1970): Exit, Voice and Loyalty: Responses to Decline in Firms, Organizations and States, Cambridge
- Hirschman, A. (1995): Denken gegen die Zukunft. Die Rhetorik der Reaktion, Frankfurt/M.
- Honeth, A. (2000): Das Andere der Gerechtigkeit, Aufsätze zur Praktischen Philosophie, Frankfurt, M.
- Huffschmid, J. (2001) Die Zähmung der Finanzmärkte in: WISO 24 Jg. Nr. 3
- Joas, H. ed. (2000): Philosophie der Demokratie. Beiträge zum Werk von John Dewey, Frankfurt/M.
- Macedo, S. ed. (1999): Deliberative Politics. Essays on Democracy and Disagreement, Oxford
- Marx, K. (1987, 11. Aufl.): Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin
- Rapaczynski, A. (1997) Wie effizient ist die Demokratie?, in: Transit. Europäische Revue, Heft 14, S. 27-38
- Rothschild, K. (2001): Einführung in: WISO 24. Jg. Nr. 3
- Scharpf, F.W. (1997a): Economic Integration, Democracy and the Welfare State in: Journal of European Public Policy 4, S. 18-36
- Scharpf, F.W. (1997b): Demokratische Politik in der Internationalisierten Ökonomie in: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung MPIFG Working Paper 97/9
- Scharpf, F.W. (1999): Governing in Europe: Effective and Democratic? Oxford
- Scherz, V. (2001): Marginalien zur Demokratischen Legitimität der EZB in: Kurswechsel 2/2001

- Schumpeter, J. (1942): *Capitalism, Socialism and Democracy*. New York
- Shapiro, I., Hacker-Cordon, C., Hg. (1999): *Democracy's Edges*, Cambridge
- Walzer, M. (1999): *Vernunft, Politik und Leidenschaft. Defizite liberaler Theorie*, Frankfurt
- Weber, M. (1956): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, Tübingen
- Weber, M. (1988): *Zur Lage der bürgerlichen Demokratie in Russland*, in: Weber, M.: *Gesammelte Politische Schriften*, Tübingen
- Wilke, H. (1998): *Soziologische Aufklärung der Demokratietheorie* in: Brunkhorst et al (2001)
- Zürn, M. (2000): *Democratic Governance Beyond the Nation-State: The EU and other International Institutions*, in: *European Journal of International Relations*, S. 183-222